

OSTTHÜRINGER Zeitung

OTZ

Wie weiter mit der Regenwassergebühr?

Die Fraktion wird den Bürgerinitiativen vorschlagen, dass wir gesetzgeberisch aktiv werden. Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher Die Linke im Landtag

Fachkonferenz morgen in Langenwolschendorf - Zweckverband WAZ hat bereits abgesagt Langenwolschendorf (OTZ/St.B.).

Der umstrittenen Regenwassergebühr widmet sich am morgigen Samstag eine Fachkonferenz, zu der die Landtagsfraktion der Linken, die Bürgerallianz Thüringen und die Landesarbeitsgemeinschaft Kommunalabgaben in die Gaststätte "Zur Linde" nach Langenwolschendorf einladen. Die Veranstaltung beginnt um 9.30 Uhr und steht interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen.

Offiziell eingeladen sind dazu mehrere Zweckverbände und Bürgerinitiativen, wobei es vom regional zuständigen Aufgabenträger - dem Zweckverband Wasser/Abwasser Zeulenroda (WAZ) - bereits eine Absage gab. "Wir bedauern das, weil man dort nochmal hätte Argumente austauschen können", sagte der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Die Linke, Frank Kuschel. Er erhofft sich morgen dennoch Impulse für den künftigen Umgang mit der Problematik.

Neben weiteren drei bis vier Absagen will aber beispielsweise der Zweckverband aus Bad Salzungen erscheinen. Er ist einer von jenen, die derzeit auf Druck der Landesregierung die Einführung der so genannten Regenwassergebühr vorbereiten, weiß Kuschel. Wieder andere, wie Bad Berka und Ilmenau, hätten einen Rechtsstreit deswegen laufen.

"Eine solche Gebühr darf nicht zu einer Mehrbelastung der Gebührenpflichtigen führen", fordert er. Erst jeder fünfte Aufgabenträger im Land erhebe derzeit diese Regenwassergebühr. Dabei beriefen sich die Verbände auf die Rechtsprechung des vorigen Jahrhunderts, nämlich ein Urteil aus dem Jahre 1972. Mit diesen "zusätzlichen Gebühreneinnahmen" versuchten die Aufgabenträger heute, "ihre verfehlte Investitionspolitik der vergangenen Jahre zu verschleiern", ist Kuschel überzeugt.

Während er den Verdacht hegt, "dass die Zweckverbände zusätzliche Einnahmen akquirieren wollen, weil sie mit ihrer Kalkulation nicht mehr zurecht kommen", hat der WAZ immer wieder betont, dass durch die Teilung der bisherigen Mischgebühr in eine Schmutzwassergebühr und eine Regenwassergebühr doch mehr Gerechtigkeit entstehe. Mehr Einnahmen für den Verband gebe es damit nicht.

Zu Beginn der Konferenz will Kuschel morgen die rechtlichen Rahmenbedingungen erörtern. Dann will man Pro und Kontra abwägen und sich in der Diskussion verständigen, wie weiter mit dem Thema umzugehen ist. Im Gegensatz zur Bürgerallianz, die eine Regenwassergebühr grundsätzlich ablehne, habe die Linke nichts dagegen, wenn sie zu mehr Gerechtigkeit führe und ökologische Anreize zur Entsiegelung von Flächen schaffe. Diese Bedingungen wolle man gesetzlich verankert wissen, so Kuschel. Von der Bürgerallianz ist morgen der Landesvorsitzende Peter Hammen angekündigt.